



Antrag

der Fraktion der F.D.P.

Streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für Lkw

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesregierung möge berichten,

1. welche Haltung sie zu den Plänen der Bundesregierung einnimmt, ab 2003 eine streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für Lkw einzuführen,
2. wie sich dies auf Schleswig-Holstein als Unternehmensstandort und auf die heimischen Unternehmen auswirken würde und
3. welche Maßnahmen die Landesregierung plant, um Nachteile für Unternehmen in Schleswig-Holstein auszugleichen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat in ihrem Geschäftsbericht vom Juli 2000 erklärt, dass „die für 2003 vorgesehene Einführung einer streckenbezogenen Autobahnbenutzungsgebühr für Lkw mit Nachdruck vorangetrieben“ werde (Deutschland erneuern, Geschäftsbericht der Bundesregierung 1999/2000, Berlin, 2000, S. 59).

Es ist zu erwarten, dass Schleswig-Holstein als Flächenland in Randlage und Unternehmen in Schleswig-Holstein durch eine derartige Gebühr erhebliche Wettbewerbsnachteile erleiden.

Christel Aschmoneit-Lücke
und Fraktion